

Vermögensbildung ist wichtiger denn je

VON LARS SCHÄFERS

Kürzlich hatte Oppositionsführer Friedrich Merz doch tatsächlich in einer Rede im Bundestag die christliche Soziallehre im Munde geführt: „Wir hatten erprobte Modelle für die Vermögensbildung im alten Westen der Bundesrepublik. Und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist das letzte große, nicht eingelöste Versprechen der christlichen Soziallehre, der evangelischen Sozialethik und damit auch der Sozialen Marktwirtschaft.“

In der kirchlichen Soziallehre betont in der Tat bereits Papst Leo XIII. in der ersten Sozialenzyklika „Rerum novarum“ aus dem Jahr 1891 die Wichtigkeit von Sparen und Eigentumserwerb: „Gewinnt der Arbeiter einen genügenden Lohn, [...] ist er zugleich weise auf Sparsamkeit bedacht, so wird er es, wozu die Natur selbst anzu-leiten scheint, auch dahin bringen, dass er einen Sparpfennig zurücklegen und zu einer kleinen Habe gelangen kann.“

Es war der Soziallehre-Nestor Oswald von Nell-Breuning, der dafür den markigen Topos „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ prägte. „Nur-Lohnempfänger“ sollten zu Miteigentümern werden. Leitbild ist dabei ganz im Sinne Ludwig Erhards die Wirtschaftsbürgerschaft in einer Gesellschaft von Teilhabern.

In Zeiten hoher Inflation sollte es dabei vor allem um Teilhabe an den Kapitalmärkten und um eine erneuerte Aktienkultur gehen, denn auf Girokonten geparktes Geld verliert derzeit noch rapider an Kaufkraft als während der nun zu Ende gehenden Nullzinsphase. Wer investieren will, muss aber eben zunächst einmal eines: sparen. In Zeiten steigender Preise wird man dann mit einem höheren finanziellen Sicherheitsgefühl belohnt und handelt ganz im Sinne des großelterlichen Rates: „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not.“

Entsprechende Appelle werden aber dreist und zynisch, wenn sie auch an diejenigen gerichtet werden, denen aufgrund zu geringer Einkommen die Risiken der Kapitalmärkte zu groß sind oder die überhaupt gar nicht objektiv sparfähig sind, weil das Monatseinkommen komplett für den Lebensunterhalt benötigt wird. Diese Menschen bedürfen angemessene Formen der Unterstützung durch eine solidarische Vermögenspolitik.

So wird bereits über Modelle nachgedacht, bei denen zum Beispiel der Staat mithilfe seiner hohen Bonität Schulden aufnimmt, diese in einem Fonds renditeorientiert anlegt und die Differenz zwischen Kreditzinsen und Ertrag dann an die Bürger auszahlt.

Bei diesem „Bürgerfonds“ müssen die Bürger somit kein eigenes Geld am Aktienmarkt anlegen, da dies der Staat übernehmen, das Fondsvermögen jedoch zur Gewährleistung politischer Unabhängigkeit von der Deutschen Bundesbank verwaltet würde. Ob solche Modelle funktionieren, ist aber noch nicht ausgemacht, weswegen über solche Ansätze in jedem Fall weiter nachgedacht werden muss.

Die Zielsetzung einer breiten Vermögensstreuung sowie der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand als konstante Leitideen des Sozialkatholizismus harren jedenfalls nicht erst seit heute einer Aktualisierung, wie Friedrich Merz zu Recht annahmt.



Der Autor ist Wissenschaftlicher Referent der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.